

ÄRZTESCHAFT

Chirurgen kritisieren neue bürokratische Auflagen

Dienstag, 5. März 2013

Hamburg – Unzufrieden mit dem neuen Patientenrechtegesetz sind die niedergelassenen Chirurgen in Deutschland. Der Grund dafür sind neue bürokratische Auflagen: Künftig ist der Arzt per Gesetz unter anderem dazu verpflichtet, dem Patienten vor sämtlichen Eingriffen unaufgefordert Kopien aller Aufklärungsbögen auszuhändigen und sich den Empfang mit Unterschrift quittieren zu lassen.

„Ärzte müssen bereits jetzt jeden Handgriff und jedes Gespräch mit dem Patienten ausführlich dokumentieren. Die Bürokratie frisst immer mehr Zeit in den Praxen, die uns dann im direkten Kontakt mit dem Patienten fehlt“, sagte der Präsident des Berufsverbandes Niedergelassener Chirurgen, Dieter Haack, beim Bundeskongress Chirurgie vom 1. bis 3. März in Nürnberg.

Auch Teilnehmer des Bundeskongresses äußerten sich skeptisch über das neue Patientenrechtegesetz: „Wenn das so weiter geht, müssen wir bald jeden Patientenkontakt nicht nur schriftlich, sondern auch mit Bild- und Tonaufnahmen dokumentieren, um nicht mit einem Fuß im Gefängnis zu stehen“, sagte ein Teilnehmer am Rande einer Podiumsdiskussion zum Patientenrechtegesetz.

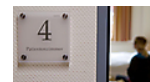
Mehr Papier führe nicht zu mehr Sicherheit in der Medizin, betonte der Präsident des Bundesverbandes Ambulantes Operieren, Axel Neumann: „Bereits jetzt kann jeder Patient auf Wunsch alle relevanten Unterlagen einsehen und in Kopie mit nach Hause nehmen“, sagte er. Die neue Rechtslage schüre dagegen Misstrauen und belaste das Arzt-Patienten-Verhältnis unnötig. „Das kann sich unter Umständen auch negativ auf das Behandlungsergebnis auswirken“, warnte er. © hil/aerzteblatt.de

Nachrichten zum Thema**Patientenrechtegesetz gebilligt**

Berlin – Patienten sollen künftig ihre Rechte gegenüber Ärzten leichter durchsetzen können. Dazu billigte der Bundesrat am Freitag das neue Patientenrechtegesetz. Mit ihm werden die bislang im...

**Patientenrechtegesetz ist verabschiedet**

Berlin – Die Koalition kann hinter ein Vorhaben, auf das sie sich in ihrem Koalitionsvertrag verständigt hatte, einen Haken setzen: Der Bundestag hat heute das Patientenrechtegesetz verabschiedet. SPD...

**Härtefallfonds für die Opfer von Behandlungsfehlern entfällt**

Berlin – Das neue Patientenrechtegesetz wird in der kommenden Woche ohne das Konzept eines Härtefallfonds für Opfer ärztlicher Behandlungsfehler in den Bundestag kommen. „Ein solches Instrument „würde...

**Patientenrechtegesetz: Nachbesserungsbedarf**

Berlin – Dass es ein Patientenrechtegesetz geben soll, haben zahlreiche Sachverständige am Montag in einer gemeinsamen öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Gesundheit und des Rechtsausschusses...

**Patientenrechtegesetz: Kritik von der SPD**

Berlin – Die SPD hat den Gesetzentwurf der Bundesregierung zu Patientenrechten als unzureichend kritisiert. Der Entwurf fasse nur die geltende Rechtslage zusammen und bringe keine grundlegende...

**SPD fordert Härtefallfonds für geschädigte Patienten**

Köln – Die SPD hat am Donnerstag in einem Antrag zum Patientenrechtegesetz die Einrichtung eines Härtefallfonds gefordert. Zunächst sollen Patienten, die nach einer Krankenhausbehandlung einen Schaden...

**Patientenrechtegesetz: Verbraucherschützer fordern strengere Regelungen für IGeL**

Berlin – Der aktuelle Entwurf zum Patientenrechtegesetz stärkt nicht die Rechte von Patienten, die individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) in Anspruch nehmen, sondern eröffnet Möglichkeiten diese zu...

